



Die Liste der erfüllten Versprechen ist lang

LINKE-Abgeordnete ziehen Halbzeitbilanz und bestätigen bei Neuwahl ihren Vorstand

Die Abgeordneten der Fraktion **DIE LINKE im Thüringer Landtag** haben zur Halbzeit der Legislaturperiode am 7. Juni ihren Vorstand neu gewählt. Für Fraktionsvorsitzende **Susanne Hennig-Wellso** votierten 22 der anwesenden 26 Abgeordneten. Klar wiedergewählt wurden ebenfalls die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Katja Mitteldorf** und **Mike Huster** sowie der parlamentarische Geschäftsführer **André Blechschmidt**.

„Die eindeutigen Ergebnisse der Fraktionsvorstandswahl sind ein großer Vertrauensbonus, über den ich mich freue und der zugleich Ansporn für unsere weitere Arbeit“, mit diesen Worten reagierte **Susanne Hennig-Wellso** auf die Wahl.

Die im Amt bestätigte Fraktionsvorsitzende verwies auf die positive Halbzeitbilanz von Rot-Rot-Grün. „Wir haben eine Reihe von Wahlversprechen eingelöst. Nur einige Beispiele: 100 Millionen Euro werden wir bis Ende 2017 in den Schulbau gesteckt haben, damit unsere Kinder eine bessere Umgebung zum Lernen bekommen.“

Wir werden mit dem kommenden Doppelhaushalt 500 mehr Lehrerinnen und Lehrer über die Zahl der vereinbarten Neueinstellungen in den Dienst geholt haben, um die jahrelangen Versäumnisse der CDU Stück für Stück zu korrigieren. Das Gesetz für das kostenfreie Kita-Jahr ist in den Landtag einge-

bracht und wird ab 1. Januar 2018 wirksam. Damit wird das letzte Kita-Jahr für rund 18.000 Kinder mit ihren Familien künftig gebührenfrei.

Mehr Förderung für sozialen Wohnungsbau, mehr Geld für die Städte und Gemeinden, mehr Jobs im öffentlichen Beschäftigungssektor für Langzeiterwerbslose, die Selbstbedienung aus Fraktionskassen für einzelne Abgeordnete beendet, den Skandal-Verfassungsschutz an die kurze Leine gelegt, Spitzenreiter bei direkter Demokratie

und Wahlrecht ab 16 Jahre in den Kommunen – die Liste der erfüllten Versprechen ist lang.“

Bis zum Ende der Legislatur im Herbst 2019 wird dieses Vorstandsteam im Amt sein. „In den kommenden Wochen und Monaten werden wir alles daransetzen, beherzt an die gute und erfolgreiche Arbeit anzuknüpfen und gleichzeitig neue Akzente zu setzen“, sagte **Susanne Hennig-Wellso** im Namen ihrer Vorstandskolleginnen. ■



Im Foto (v.l.): Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Mike Huster** und **Katja Mitteldorf**, Landtagsvizepräsidentin **Margit Jung**, Fraktionsvorsitzende **Susanne Hennig-Wellso** und der parlamentarische Geschäftsführer **André Blechschmidt**.

Foto: **Annegret Brosemann**

Rot-Rot-Grün liefert: Gebührenfreies Kita-Jahr

Den Gesetzentwurf der Landesregierung über die Neuregelung der Kindertagesbetreuung, das Kita-Gesetz, hat der Thüringer Landtag in seiner Sitzung am 2. Juni in erster Lesung beraten. Dazu erklärten die zuständigen SprecherInnen der Koalitionsfraktionen **Torsten Wolf (DIE LINKE)**, **Birgit Pelke (SPD)** und **Astrid Rothe Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**:

„Rot-Rot-Grün liefert. Das dem Landtag vorgelegte neue Kita-Gesetz realisiert mit dem gebührenfreien Kindergarten-Jahr ab 2018 eines der zentralen Projekte dieser Koalition und ist ein wichtiger Schritt hin zur generellen Beitragsfreiheit von Bildung. Das gebührenfreie Kindergartenjahr entlastet Familien mit Kindern im betreffenden Alter um durchschnittlich 1.440 Euro. Es stärkt den Kindergarten als zentrale In-

stitution frühkindlicher Bildung. Im Zuge des Anstiegs der Kinderzahlen werden sich die Aufwendungen des Landes für unsere Kindertagesstätten auch außerhalb des gebührenfreien Jahres um 47 Millionen Euro erhöhen.“

Das Gesetz schreibt zudem den Kommunen in ihren Gebührensatzungen ab dem Jahr 2018 eine soziale Staffelung vor. Eine Verbesserung des Personalschlüssels für Kita-Leitungen bringt mehr Zeit für Elterngespräche, Familienbegleitung und pädagogische Konzepte. Zudem verbessert das neue Gesetz die Mitwirkung von Eltern und Kindern in den Kindertagesstätten und stärkt die Qualifikation und Weiterbildung der MitarbeiterInnen. Die SprecherInnen abschließend: „Da die Qualitätsentwicklung im Kita-Bereich für Rot-Rot-Grün ein zentrales Thema ist, werden die Koalitionsfraktionen im Zu-

ge der weiteren parlamentarischen Beratungen des Gesetzentwurfs prüfen, inwieweit der Betreuungsschlüssel bei Drei- bis Vierjährigen noch verbessert und der Einsatz multiprofessioneller Teams realisiert werden kann.“

Die Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres erfolgt zum 1. Januar 2018. Das Gesetz legt fest, dass in einer Kindertageseinrichtung vom Beginn des letzten Kindergartenjahres bis zum Beginn des Schuljahres, in dem das Kind erstmalig die Schule besucht, kein Elternbeitrag geltend gemacht werden darf. Davon profitieren jährlich rund 18.000 Kinder mit ihren Familien.

Die Thüringer Entscheidung ist auch ein Signal an den Bund, die Weichen für eine komplett kostenfreie Kita-Zeit zu stellen. Das hatten in der Landtagsberatung die Rednerinnen und Redner der Koalition erneut betont. ■

KOMMENTIERT:

von **Susanne Hennig-Wellso**

Einwanderungsrecht

Die große Zahl von Schutzsuchenden, die vor allem seit 2014 nach Deutschland gekommen sind, hat eines klar gemacht: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Kann es ein linkes Konzept für ein solidarisches und modernes Einwanderungs- und Integrationsrecht geben? Ein Einwanderungsrecht, das die „Festung Europa“ nicht zum Einsturz bringen, aber in einem wichtigen Einwanderungsland in der Mitte Europas Bewegungsfreiheit, soziale Sicherheit, Gleichstellung und Teilhabe gewährleisten kann? Die Vorsitzenden von sieben Landtagsfraktionen der LINKEN sind der Auffassung, es muss möglich sein. Eine Projektgruppe hat in ihrem Auftrag ein Konzept für ein linkes Einwanderungsrecht erarbeitet. Im Mittelpunkt steht der soziale Anknüpfungspunkt einer Person.

Dieser ist gegeben, wenn familiäre Beziehungen bestehen oder Familienangehörige einreisen, wenn Ausbildung/Studium oder Erwerbstätigkeit aufgenommen werden sollen, eine Gemeinnützigkeit begonnen wird oder sonstige Gründe für eine soziale Verwurzelung sprechen. Dieses Einwanderungsrecht beinhaltet einen Anspruch auf Integrations- und Sprachkurse, berechtigt zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und garantiert den Zugang zu Bildungseinrichtungen und zu Angeboten der Sozialberatung. Illegalisierte Menschen sollen einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten. Die Anordnung einer Ausreisepflicht ist die Ultima Ratio und kann nur unter strengsten Voraussetzungen auferlegt werden. Inklusion statt Abschiebung ist der Grundsatz dieses Einwanderungsrechts.

Menschen sollen dort, wo sie leben, arbeiten, soziale Bezüge aufbauen und zum gesellschaftlichen Leben beitragen, auch bleiben können. Wir möchten den gesetzlichen Rahmen schaffen, dass sie tatsächlich frei über ihren Lebensort bestimmen können. Das LINKE Konzept soll für Rechtssicherheit sorgen und der Einwanderungsgesellschaft, in der wir sowieso schon leben, einen Rahmen geben. Wir konzentrieren wir uns auf drei Säulen: Die erste Säule ist das Asylrecht, das Menschen in Not schützt. Die zweite Säule ist ein Einwanderungsgesetz, das es ermöglicht, als Einwanderer regulär in der BRD zu leben. Die dritte Säule ist das Staatsangehörigkeitsrecht, das den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft öffnet. ■